

# Pulsnitzer Tageblatt

Heizungspfeiler 18. Tel.-Nr.: Tageblatt Pulsnitz  
Kontokonto Dresden 2138. Giro-Konto 146

Bezirksanzeiger

Wochenblatt

Bank-Konten: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz und  
Commerz- und Privat-Bank, Zweigstelle Pulsnitz

— — — **Ersteint an jedem Werktag** — — —  
Im Falle höherer Gewalt — Krieg, Streit oder so stifter irgend welcher Störung  
des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezahler  
einen Anspruch auf Vorfahrung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rück-  
zahlung des Bezugspreises. — Wöchentlich 0.65 RM bei freier Zustellung; bei  
Abholung wöchentlich 0.55 RM; durch die Post monatlich 2.60 RM freibleibend



Anzeigen-Grundziffern in RM: Die 42 mm breite Zeitzeile (Wochens. Zeilenm. 14)  
RM 0.25, in der Amtshauptmannschaft Kamenz RM 0.20. Amtliche Zeile RM 0.75  
und RM 0.60. Reklame RM 0.60. Tabellarischer Satz 50 %, Ausschlag. — Bei  
wangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen  
gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung.  
Bis 1/10 Uhr vormittags eingehende Anzeigen finden am gleichen Tage Aufnahme

Das Pulsnitzer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Kamenz, des Amtsgerichts  
und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach behördlicherseits bestimmte Blatt

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsteilen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Großröhrsdorf, Breinig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und  
Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Nichtenberg, Klein-Dittmannsdorf  
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Albertstraße Nr. 2 Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. A. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz

Nummer 72

Sonnabend, den 26. März 1927

79. Jahrgang

## Amtlicher Teil.

### Verbandsberufsschule Pulsnitz.

Alle fortbildungsschulpflichtigen Knaben und Mädchen aus den Gemeinden  
Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Friedersdorf, Oberlichtenau, Ohorn und Obersteina (ein-  
schließlich der gewerblichen Schüler Lichtenbergs) sind zum Besuche der Verbands-  
berufsschule Pulsnitz verpflichtet.

Befreit davon sind nur diejenigen, die nachweisen können, daß sie anderswo  
Unterricht genießen, der den gesetzlichen Anforderungen entspricht. Mädchen, die nach  
2-jährigem Besuche von der Fortbildungsschule befreit sein wollen, haben erhöhte  
Pflichtstundenzahl.

Die neuereintretenden Berufsschüler und -schülerinnen melden sich zu folgenden  
Zeiten an:

#### I. Mädchen:

Montag, den 4. April, vormittags 8 Uhr

- Zimmer 106: die Mädchen, die sich für den 2-jährigen Kursus, ge-  
hobene Abteilung, gemeldet haben,
- Zimmer 105: die Mädchen aus den Gemeinden Friedersdorf und  
Oberlichtenau,
- Zimmer 115: die Mädchen aus Obersteina und Ohorn,
- Zimmer 111: die Mädchen aus Pulsnitz und Pulsnitz M. S.

#### II. Knaben:

Montag, den 4. April, nachmittags 3 Uhr

- Zimmer 108 (Zeichensaal): Metallgewerbe,
- Zimmer 105: Baugewerbe, Bekleidungs- und Landwirte,
- Zimmer 103: Nahrungsmittel- und Holzgewerbe,
- Zimmer 106: alle übrigen.

Mitzubringen ist das Entlassungszeugnis. Es können auch Schüler und  
Schülerinnen aus Gemeinden aufgenommen werden, die nicht zum Verbands-  
gehören. Sie haben 2.— M Schulgeld pro Monat zu entrichten.

Sofern Schüler oder Schülerinnen ihre Lehrzeit, bezw. Stelle erst nach Ostern  
antreten und in den Verbandsgemeinden nicht ansässig sind, wollen Lehr- oder Dienst-  
herren die Anmeldung schriftlich erledigen. (Es genügt Name, Alter und Beruf.)

Pulsnitz, am 25. März 1927.

Röber.

#### Die Eltern der

### Schulneulinge

werden hierdurch eingeladen, nächsten **Dienstag, den 29. März**, abends 8 Uhr zu einer  
Besprechung in der Schule (Lehrerzimmer, 1. Treppe) zu erscheinen.

26. 3. 1927.

Die Schulleitung.

## Das Wichtigste

In den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen haben sich  
neue ernste Schwierigkeiten ergeben.  
Die deutsche Delegation in Genf nahm scharf gegen jede Scheinlösung  
in der Abrüstungsfrage Stellung.  
In Albanien ist ein neuer Aufstand ausgebrochen.  
In den chinesischen Städten der amerikanischen Großstädte ist es zu bluti-  
gen Zusammenstößen gekommen.  
Eine Darmstädter Firma hatte die Annahme von 140 Zentnern bra-  
sianischen Tabaks wegen der Höhe des Zolles verweigert. Darauf  
ordnete das Reichsfinanzamt an, den Tabak zu verbrennen. Der  
Tabak wollte aber nicht brennen, worauf die 140 Zentner gestern  
unter behördlicher Aufsicht in den Teich an der Siegelhütte versenkt  
wurden.  
Im Westen Frankreichs wütete ein heftiger Sturm, der sich dann nach  
Osten wandte. Man meldet bedeutende Schäden aus Bordeaux, Ve-  
rient, Brest und Reims.  
Im Reisejournal ist nahezu die gesamte Bevölkerung des Dorfes  
Bielitz Döb nach dem Genuß von Holzspiritus vergiftet worden.  
Drei Personen sind gestorben; über 20 mußten im hoffnungslosem  
Zustande ins Hospital gebracht werden.  
Die „Reichspost“ meldet, daß es in Tirol und Kärnten gelungen sei,  
die bürgerliche Einheitsliste zu den bevorstehenden Wahlen heraufzu-  
heben. Die Christlich-Sozialen und die Großdeutschen werden also  
gemeinsam vorgehen. Der Landbund, der ebenfalls eingeladen war,  
hat mit Rücksicht auf den bekannten Beschluß seiner Reichspartei-  
leitung abgelehnt.  
Der Abg. Graf Hunyady hielt bei der Budgetberatung in der Natio-  
nalversammlung eine lange extreme, legitimitätliche Rede, worin er  
u. a. erklärte, daß nicht an einen Putz Legitimismus gedacht werde.  
Der rechtmäßige König von Ungarn solle vielmehr am hellen Tage  
in Ganz und Ruhm in der Offenburger einziehen.  
Wie der Tag meldet, ist das Ultimatum der Engländer und Amerika-  
ner von der kantonesischen Truppenführung abgelehnt worden.

## Um die Beilegung des italienisch-jugoslawischen Konflikts

Der englische Botschafter bei Staatssekretär von Schubert

Deutschland gegen jede Scheinlösung in der Abrüstungsfrage — Revolution in Albanien? — Die deutsche Industrie zum  
Arbeitszeitnotgesetz

4 Berlin. Der Gedankenanstausch über die Lösung  
des jugoslawisch-italienischen Konflikts  
zwischen Paris, London und Berlin wird eifrig fortgesetzt.  
Der englische Botschafter erschien im Berliner Auswärtigen  
Amt und überbrachte die Anregung, daß mit Jugoslawien  
und Italien über die Möglichkeit der Entsendung einer Mi-  
litärkommission mehrerer europäischer Mächte an die jugosla-  
wisch-albanische Grenze verhandelt wird. Staatssekretär  
v. Schubert erklärte, daß Deutschland diese Frage wohl-  
wollend prüfen werde.

Sabantlich wird betont, daß Deutschland daran fest-  
halte, in dem jugoslawisch-italienischen Konflikt neutral  
zu bleiben. Es wird auch keine Schritte zur Lösung des  
Konflikts von sich aus ergreifen. Das Auswärtige  
Amt ist aber offenbar bereit, wenn Deutschland aufge-  
fordert wird, sich an der Bildung einer Militär-  
kommission zu beteiligen und einen Vertreter zu  
entsenden unter der Voraussetzung, daß nicht nur Jugosla-  
wien, sondern auch Italien mit der Bildung einer neuen  
Kommission einverstanden ist.

### Deutschland gegen jede Scheinlösung in der Abrüstungsfrage.

Eine zweite Mahnung der deutschen  
Delegation in Genf.

4 Genf. In der Vorbereitenden Abrüstungskommission  
erklärte Graf Bernstorff im Namen der deutschen Dele-  
gation, Deutschland werde seine Zustimmung Schein-  
lösungen nicht erteilen. „Als eine solche Schein-  
lösung betrachten wir“, erklärte Graf Bernstorff, „z. B. auch  
den Versuch, eine Stabilisierung der gegenwärtigen Rüstun-  
gen festzulegen. Ferner ist für Deutschland von Wichtigkeit,  
daß der logische Weg des Versailler Versprechens sowie das  
feierliche Versprechen der Locarno-Verträge einge-  
halten werden, und zwar einerseits durch eine teilweise  
Lösung des Abrüstungsproblems als erste Etappe, anderer-  
seits aber dadurch, daß das Endziel einer allgemeinen  
Abrüstung ein allgemeiner Plan sein müsse, der zu einem  
gerechten Verhältnis des Rüstungsstandes sämtlicher Nationen  
führen muß.“

Lord Cecil, der Vertreter Englands, erklärte, er müsse  
feierlich betonen, Großbritannien werde jedesmal eingreifen,  
wenn der Friede in Gefahr sein sollte.

### Revolution in Albanien?

Berlin, 26. März. Nach Morgenblättermeldungen  
aus Belgrad sind dort lebhaft Gerüchte verbreitet, daß in  
Albanien eine neue Revolution ausgebrochen sei. Den Auf-  
ständischen sei es gelungen, in Tirana einzudringen und  
Achmed Zogul gefangen zu nehmen. Nach anderen Gerüch-

ten handle es sich um eine Revolution in Tirana unter  
Beteiligung von bisherigen Anhängern Achmed Zoguls, die  
Gegner des Vertrages von Tirana seien. In Belgrad schenke  
man jedoch diesen Gerüchten wenig Glauben, da die alba-  
nische Regierung schon seit langem von Aufstandsvorberei-  
tungen unterrichtet sei und umfangreiche Gegenmaßnahmen  
getroffen habe.

### Reichsverband der Deutschen Industrie zum Arbeitszeitnotgesetz

Berlin, 25. März. Das Präsidium des Reichsver-  
bandes der Deutschen Industrie hat sich in seiner heutigen  
Sitzung eingehend mit dem im Augenblick zur Erörterung  
stehenden sozialpolitischen Gesetzentwürfen, namentlich mit  
dem sogenannten Arbeitszeitnotgesetz und mit der Erhöhung  
der Beiträge zur Invalidenversicherung sowie mit der in der  
letzten Zeit zutage getretenen auf Lohnerhöhung hinzielnden  
Tendenzen der Vorsitzenden des Schlichtungsausschusses beschäf-  
tigt. Das Präsidium war einhellig der Meinung, daß die  
zu erwartende Entwicklung der wirtschaftspolitischen Lage nur  
mit größter Sorge betrachtet werden kann. Die Verkürzung  
der Arbeitszeit in Verbindung mit einer gesetzlich festgesetzten  
Lohnerhöhung ohne die Sicherheit einer entsprechenden Stei-  
gerung des Leistungen bedeutet eine Einschränkung der Pro-  
duktivität der deutschen Wirtschaft, die sich naturnotwendig  
in einer Preiserhöhung der Produkte und letzten Endes in  
einer Konsumeinschränkung auswirken muß. Dadurch wird  
der Prozeß der Konsolidierung der deutschen Wirtschaft nicht  
nur gehemmt, sondern es wird darüber hinaus in zahlreichen  
Wirtschaftszweigen eine weitere Verschlechterung der Lage  
eintreten. Die in den im Antrag der Regierungsparteien  
festgelegten Bestimmungen bedeuten eine Verschärfung der  
Schematisierung der Entlohnung, die untragbar ist. Es wird  
damit bedauerlicher Weise das Gegenteil von dem, was das  
Interesse der breiten Massen der Bevölkerung erfordert, er-  
reicht; zu einer Besserung ihrer Lebenshaltung kann es auf  
diese Weise nicht kommen. Das Präsidium des Reichsver-  
bandes der Deutschen Industrie hält es für seine Pflicht, in  
aller Deffentlichkeit auf die seiner Meinung nach unvermeid-  
liche Entwicklung hinzuweisen.

### Kleinrentnerfürsorge und Kleinrentnerversorgungsgesetz.

4 Berlin. Im Reichswirtschaftsrat fand eine außer-  
ordentliche Sitzung des Hauptausschusses des „Deutschen Ver-  
eins für öffentliche und private Fürsorge“ statt, in der der

## Vertilge und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Auszug) Eine besondere Ehrung  
wurde dem Vorsitzenden des hiesigen Landwirtschaftlichen  
Vereins, dem früheren Outscher Herrn Dr. Weizmann,  
zuteil. Anlässlich einer Vereinsversammlung ließ ihm die  
Sächsische Landwirtschaftskammer durch Herrn Oberlandwirt-  
schaftsrat Prof. Dr. Schellenberger für seine aufopferungs-  
volle Tätigkeit als Vorsitzender des hiesigen Land- und  
Forstwirtschaftlichen Vereins die höchste Auszeichnung für  
Verdienste um die Landwirtschaft, die die Landwirtschafts-  
kammer zu vergeben hat — eine silberne Plakette —, über-  
reichen. Herr Dr. Weizmann gehört seit 40 Jahren dem  
Landw. Verein an und bekleidet bereits seit 37 Jahren das  
Amt des Vorsitzenden, das auch schon sein Vater seit dem  
Jahre 1864 innegehabt hat. Besonders gedacht wurde auch  
seiner großen Bemühungen um die forstwissenschaftliche Aus-  
bildung des landwirtschaftlichen Nachwuchses, ist er doch der  
eigentliche Begründer der hiesigen Landwirtschaftlichen Schule  
und auch an ihr als Lehrer tätig. Die hohe persönliche  
Wertschätzung, der sich Herr Dr. Weizmann erfreut, und die  
unermüdbare rührige Tätigkeit, die er innerhalb und außer-

